

Pressemeldung

Bundesweiter Fachtag zu den Aufgaben und der Rolle von Polizei-, Justiz- und Strafvollzugsbehörden im Kampf gegen Antisemitismus

Berlin, 21. September 2022. Heute treffen sich in Berlin und online rund hundert Expert*innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Justiz beim hybriden Fachtag „Polizei, Justiz und Strafvollzug: Wie erfolgreich ist der Rechtsstaat im Kampf gegen Antisemitismus?“. Dazu eingeladen hat das Kompetenznetzwerk Antisemitismus in Kooperation mit der Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen. Der Fachtag beleuchtet die Fragen, wie Polizei-, Justiz- und Strafvollzugsbehörden auf die Zunahme antisemitischer Angriffe reagieren und ob es Fortschritte bei der Verfolgung antisemitischer Straftaten gibt. Außerdem werden Ergebnisse einer noch unveröffentlichten Studie zum Umgang mit Antisemitismus in Jugendstrafanstalten vorgestellt. Die Studie wurde von Wissenschaftler*innen der Hochschule Merseburg in Kooperation mit dem Anne Frank Zentrum durchgeführt und vom Bundesministerium der Justiz (BMJ) gefördert. Das Kompetenznetzwerk Antisemitismus ist ein Zusammenschluss von fünf Institutionen, die über eine langjährige Erfahrung im Bereich der Antisemitismusprävention, der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit und der Beratung verfügen. Es wird von dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen zur Thematik: „Niemand unterstellt heute der Justiz und der Polizei, beim Umgang mit Antisemitismus auf einem Auge blind zu sein. Das war noch in den sechziger Jahren ganz anders, wenn wir an die Widerstände denken, die Fritz Bauer in seiner Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt erlebte, als er die Auschwitz-Prozesse vorbereitete. Aber um Codes, Stereotype und strafrechtlich relevante Äußerungen zu erkennen und im Rahmen von Verfahren entsprechend zu bewerten, bedarf es stetiger Aus- und Weiterbildung sowie struktureller Maßnahmen bei den Straf- und Ermittlungsbehörden, um die notwendige Erfahrung zu gewinnen. Seit Kurzem gibt es deshalb Leitfäden zum Umgang mit potentiell antisemitisch motivierten Taten. Mehrere Projekte widmen sich dem Bereich Aus- und Weiterbildung insbesondere für Polizistinnen und Polizisten. Auch im Bereich des Justizvollzugs gibt es Studien und Programme. Und es gibt inzwischen in mehreren Bundesländern Beauftragte bei den Generalstaatsanwaltschaften

Netzwerkpartner:

Anne Frank Zentrum e.V.

Bildungsstätte Anne Frank e.V.

Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (RIAS)

Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment (ZWST)

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA e.V.)

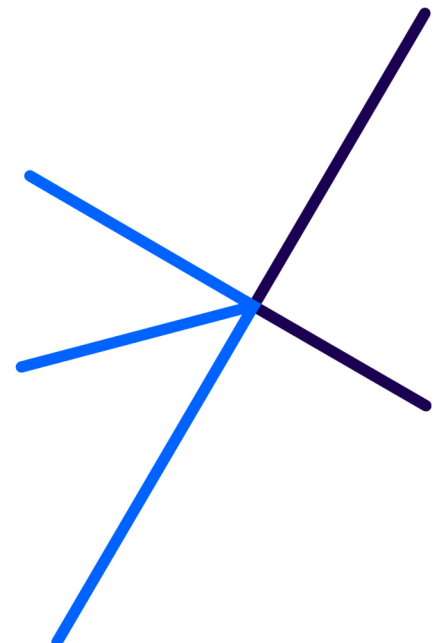
Koordination:

Anne Frank Zentrum e.V.
Rosenthaler Str. 39
10178 Berlin

Tel. +49 (0)30 288 86 56-00
Fax +49 (0)30 288 86 56-01

kompetenznetzwerk@annefrank.de
www.kompetenznetzwerk-antisemitismus.de

Amtsgericht Charlottenburg
Vereinsregister-Nr. 14667 B



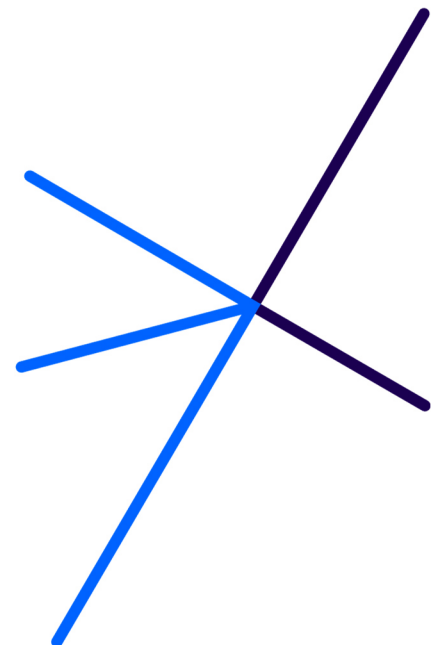
bzw. in Nordrhein-Westfalen auch bei allen Staatsanwaltschaften. Die heutige Tagung diskutiert diese und weitere Maßnahmen, vermittelt Best Practice Cases und weist hoffentlich Wege für weitere Verbesserungen auf.“

Lisa Paus, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, und Benjamin Strasser, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesjustizministerium, eröffnen den Fachtag mit einer digitalen Grußbotschaft.

„Wir erleben seit Jahren einen deutlichen Anstieg antisemitischer Vorfälle und Straftaten in Deutschland, von der Beleidigung und Diffamierung bis hin zur Körperverletzung“, so Lisa Paus, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. „Der Fachtag diskutiert Ansätze zum Umgang mit Antisemitismus insbesondere für Strafverfolgungsbehörden. Mein Ministerium unterstützt die Suche nach erfolgversprechenden Handlungsstrategien für staatliche Institutionen, u.a. über die Förderung des Kompetenznetzwerks Antisemitismus im Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘“

Benjamin Strasser, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesjustizministerium: „Oft wird in der Öffentlichkeit diskutiert, ob antisemitische Angriffe angemessen bestraft werden. Hier sind natürlich die Gerichte und die Strafverfolgungsbehörden in der Pflicht. Was können wir im Bereich der Antisemitismusprävention tun? Wie wird Antisemitismus in seinen unterschiedlichen Formen überhaupt erkannt? Diesen Fragen müssen wir uns alle stellen. Die Bundesregierung und das Bundesministerium für Justiz haben hier eine besondere Verantwortung. Wir sind froh, dass wir auf der Suche nach den Antworten auf diese Herausforderungen immer wieder mit Institutionen wie dem Anne Frank Zentrum und anderen Einrichtungen aus dem Kompetenznetzwerk Antisemitismus in den Dialog treten können. Sie liefern uns wichtige Impulse und zeigen auf, in welche Richtung wir gemeinsam gehen können. Das Projekt ‚Prävention von Antisemitismus im Strafvollzug‘ ist hierfür ein sehr gutes Beispiel. Es besteht ohne Frage ein besonderer Bedarf an Wissen über spezifische Erscheinungsformen und Ursachen von Antisemitismus in der Haft. Das Projekt schließt wichtige Wissenslücken.“

Die Hochschule Merseburg hat 2021/2022 in einem Projekt zur Prävention von Antisemitismus im Strafvollzug in Kooperation mit dem Anne Frank Zentrum und gefördert vom Bundesministerium der Justiz Befragungen in vier Jugendstrafanstalten durchgeführt. Insgesamt wurden 32 Interviews mit Mitarbeiter*innen unterschiedlicher Abteilungen in Jugendhaftanstalten sowie mit politischen Bildner*innen externer Träger geführt. Unter den Befragten waren auch Jüdinnen*Juden, die in Justizvollzugsanstalten tätig sind und über antisemitische Vorfälle aus einer Betroffenenperspektive berichten. „Vielfach wird in den Interviews eine neue Qualität von Antisemitismus beschrieben. Mitarbeiter*innen, die politische Bildungsarbeit im Gefängnis

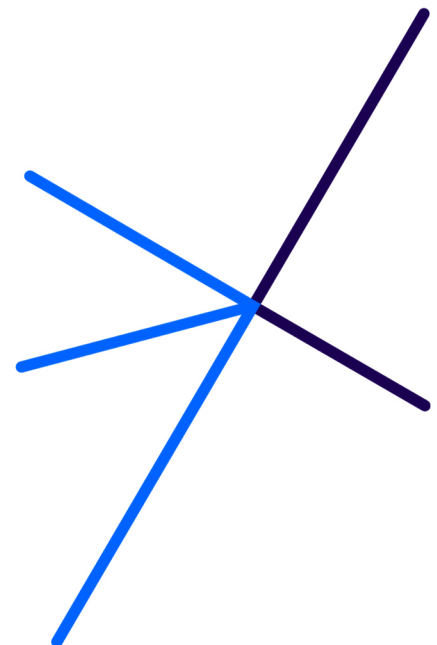


leisten, schildern Antisemitismus und andere Ideologien der Ungleichwertigkeit als gravierendes Problem“, so Prof. Dr. Jens Borchert von der Hochschule Merseburg. „Die Forschungsergebnisse weisen darauf hin, dass Antisemitismus vom Personal oft nicht erkannt oder verharmlost wird. Im Umgang mit antisemitischen Vorfällen beobachten wir eine hohe Handlungsunsicherheit.“

Benjamin Steinitz vom Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. betont grundsätzliche Herausforderungen bei der Antisemitismusbekämpfung für Polizei-, Justiz- und Strafvollzugsbehörden: „Antisemitische Tatmotive und -hintergründe müssen erkannt und als solche von der Anzeigenaufnahme bis zum Urteil, aber auch im Einstellungsbescheid konsequent durch die Strafverfolgungsbehörden und Gerichte gewürdigt und benannt werden. Die Arbeitsdefinition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) sollte dabei eine wichtige Orientierung für Polizeibeamt*innen, Richter*innen und Staatsanwält*innen sein, um festzustellen, ob eine Straftat antisemitische Motive oder Hintergründe hat. Solange die IHRA-Definition nicht konsequent in der Praxis herangezogen wird, gehen wesentliche Dimensionen des Antisemitismus verloren, was sich auch auf das Anzeigeverhalten der Betroffenen auswirkt.“ Steinitz verweist dabei auf den Sachverhalt, dass antisemitische Straftaten von Betroffenen vielfach nicht zur Anzeige gebracht werden.

Veronika Nahm, Direktorin des Anne Frank Zentrums betont: „Bei diesem Fachtag gehen wir in den Austausch über die Arbeit von Gerichten und Strafverfolgungsbehörden, die im Kampf gegen Antisemitismus unerlässliche Partner sind. Das Anne Frank Zentrum führt seit vielen Jahren Projekte zur Prävention von Antisemitismus für Menschen in Haft und Fortbildungsangebote für Fachkräfte im Strafvollzug durch. Gefängnisse sollten stärker als Lernorte gedacht werden. Im Haftalltag bleiben antisemitische Vorfälle unterhalb der Gewaltschwelle häufig unbeachtet. Inhaftierte, die von Antisemitismus betroffen sind, haben keinen direkten Zugang zu Beratungsangeboten. Sie sind auf Unterstützung angewiesen und können sich Übergriffen kaum entziehen.“

Das Kompetenznetzwerk Antisemitismus ist ein Zusammenschluss von fünf Institutionen, die über eine langjährige Erfahrung im Bereich der Antisemitismusprävention, der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit und der Beratung verfügen. Die Netzwerkpartner sind das Anne Frank Zentrum, die Bildungsstätte Anne Frank, der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (Bundesverband RIAS), das Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment der ZWST und die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus – KIGa e. V. Das Kompetenznetzwerk Antisemitismus



wird aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Der Fachtag findet in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen statt in Kooperation mit der Hochschule Merseburg, der Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und dem Bundesministerium der Justiz (BMJ).

Pressekontakt:

Dina Blauhorn (Leitung Kommunikation)
Viola Finger (Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)
presse@annefrank.de
Tel.: (030) 288 86 56-41/-48

Fachliche Ansprechperson:

Roman Guski, Anne Frank Zentrum (Projektleiter „Politische Bildung im
Strafvollzug“)
guski@annefrank.de
Tel.: +49 (0)30 288 86 56-34

Anne Frank Zentrum, Rosenthaler Straße 39, 10178 Berlin
Web: www.kompetenznetzwerk-antisemitismus.de/presse

Mit Unterstützung von:



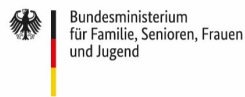
Die Antisemitismusbeauftragte
des Landes Nordrhein-Westfalen



Gefördert durch:



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

